cars gemacht wird, wie er es jetzt mit den Verträgen versucht, enen herausgeholt wird, was nur herauszuholen ist, und monat- Kohlenlieferungen bis zu 160 000 Tonnen hervorgebracht werden. u man diese ganze Politik hinstellt, als eine Rechtsentwicklung Reichsregierung, seitdem die Sozialdemokraten aus ihr aus- ieden sind (Zuruf rechts: Jarres!) und vielleicht Herr Jarres nnen ist, so darf ich vielleicht auf eines hinweisen — und das lich, um die politische Situation zu kennzeichnen —, daß die sche Reichsregierung durch ihre Maßnahmen, wegen deren sie so g bekämpft wird, nicht, wie es in Ihrer (zu den Sozialdemo- en) Presse hingestellt wird — das hat mich aufs tiefste verletzt — eicht auch nur mittelbar die separatistischen Be- bungen unterstützt hat.

ne Reichsregierung hat bei diesen Maßnahmen von allem An- an die volle Unterstützung des preußischen Staatsministeriums bt. (Hört, hört! bei den bürgerlichen Parteien.) Wenn man alb diese Meinung für falsch hält, so möge man sie bekämpfen, politische Konsequenzen daraus zu ziehen, als ob sich zeige, daß Rechtsentwicklung der Regierung eingetreten sei, ein schwanken- Verhalten, eine irgendwie nicht gradlinige Politik, die sich daraus be, daß der Kanzler aus einer anderen Umgebung stamme und re Ansichten hätte, weise ich zurück. Aus der Stellung der preu- en Regierung bitte ich zu ersehen, daß es hier wirklich nicht mmt auf die politische Einstellung, sondern daß eben diejenigen, die Verantwortung für die Finanzen und die Weiterentwicklung Verhältnisse tragen, eine quälende Verantwortung fühlen und Folgerungen ziehen aus den politischen Tatsachen. Diese Folge- gen werden zu Verhandlungen führen. Noch hoffe ich, daß in Augenblick, wo die Verhandlungen zwischen den deutschen In- riellen und den französischen Behörden, die genau geführt werden den Instruktionen der deutschen Reichsregierung, zu einem Er- nis geführt haben und wo infolgedessen volkswirtschaftlich wieder gleichen Verhältnisse hergestellt sind wie vorher, daß nicht eine litisch erzwungene Arbeitslosigkeit dauernd dort hen bleibt, daß in dem Augenblick die selbstverständliche Folge die gleiche Behandlung von Rhein und Ruhr ein wird. die Behandlung bis ans Ende unserer Kräfte. Denn dieses Ende ritt, muß unter Umständen im ganzen Deutschland ab- aut werden, weil dann die Zahl derjenigen, die noch eit finden, zu gering ist, um überhaupt noch die Ar- aufrechtzuerhalten. (Lärmende Unterbrechungen bei den mmunisten und Zurufe: Nur die Arbeiter sollen darunter en! Unerhört! Ein schönes Regierungsprogramm!) Wir haben s getan, um diesen Verträgen zur Annahme zu verhelfen. Ein- e Verträge sind auch schon abgeschlossen, über andere gehen die handlungen Tag für Tag weiter, und ich hoffe, daß dann auch e Frage geregelt werden wird. (Zuruf links: Krupp!) Mir ist ts davon bekannt, daß der Vertrag mit Krupp schon abgeschlossen Im übrigen — ich gehe keiner Frage aus dem Wege, es ist mir chgültig, welche politischen Konsequenzen das für mich hat, n es kommt nicht darauf an, ob ein Mann geht oder bleibt, dern ob er mit Ehren geht oder bleibt (Beifall) — kommt es nicht den einen Vertrag an, sonst haben Sie an einer Stelle die ederaufnahme der Arbeit, während an anderer Stelle das Chaos rscht. (Zuruf links: Stinnes!) Was geht mich Herr Stinnes ? Ich habe auf ihn niemals Rücksicht genommen und werde es mals tun! Nicht Herr Stinnes ist Führer der Partei, sondern (Beifall.) Wenn Sie (zu den Kommunisten) überhaupt nicht beiten wollen, dann kommt die Wirtschaft des Ruhrgebiets gar ht in Gang. Wenn wir 40 Prozent des Ertrages dem Feind ab- ern müssen, muß mindestens die Produktion selber sich lohnen, st steht sie nach volkswirtschaftlichen Gesetzen überhaupt still uruf bei den Kommunisten: Hungerlöhne!) Wo keine Produktivität ichert ist, läßt sich keine Lohnpolitik aufbauen. Wenn im übrigen rhandlungen stattgefunden haben zwischen der Reichsregierung und rtretern der besetzten Gebiete über die Vertretung der Belange r Bevölkerung des besetzten Gebietes, so bitte ich, das nicht aufzu- ssen, als bestände bei der Reichsregierung die Auffassung, daß sie h von uns trennen wollen. Ich muß immer wieder auf den Aus- ngspunkt zurückkommen: wir, die wir da sind, um zu verhandeln, s wird das Verhandeln unmöglich gemacht; wollen wir nun der nzelnen bloß auf sich selbst stellen, oder sollen wir ihm die Möglich- it geben, sich durch bestimmte Gremien, soweit Verhandlungen in etracht kommen, die wir nicht zu führen vermögen, ihrerseits rtreten zu lassen? Sie wollen glauben, daß dieser Abschied n der Ausübung der Reichssouveränität uns nicht leicht fällt, aber ser Vorgang ist der Welt gegenüber zugleich das flagrante Bei- iel dafür, wie es um das besetzte Gebiet in Wirklichkeit steht: es ist n befriedetes Oktupationsgebiet ohne die Rechte eines solchen. Das unter der französischen Politik aus Rhein und Ruhr geworden. nd wenn wir nun sehen müssen, wie dieses Volk gequält ist, und enn wir nach einem Wege suchen, der trotz alledem die Möglichkeit bt, für dieses Volk einzutreten, so ist das doch ein Eingehen auf die ünsche des besetzten Gebietes selbst. Wie die Verhandlungen im nzelnen und mit welchen Kompetenzen sie geführt werden, darüber nn ich jetzt mich nicht äußern, weil der Appell aller dabei beteiligten arteien in dieser Richtung an mich ergangen ist. **Wir denken ar nicht daran, auch nur einen Augenblick den Kampf um hein und Ruhr aufzugeben.** — Ich wende mich nun den Fragen er inneren Politik zu, welche das meiste Interesse bean- pruchen. (Zuruf bei den Komm.: Belagerungszustand!) Jawohl, der t auch dabei. denken Sie, darauf bin ich selbst schon gekommen! Zuruf bei den Kommunisten: Hochverräter! — Gelächter.) Es gibt wohl niemand, der nicht mit tiefster Erschütterung die Vor- änge begleitet hat. die sich am 7. und 8. November in München abspielten. Der Abg. Hergt ist sehr schnell mit dem Problem fertig geworden, er stellt fest, die Reichsregierung sei chuld, sie habe die Explosion herbeigeführt. Das erste Erfordernis für eine Reichsregierung ist doch Autorität nach innen; daran mag es uns fehlen, aber so viel Autorität, wie die verfassungsmäßige Re- gierung in Bayern, haben wir auch gehabt. (Große Heiterkeit.) Das war ja das Bedauerliche, daß diejenige Regierung, die verfassungs- mäßig vorhanden war, sich in Abhängigkeit begeben hat von Organi- sationen, die nicht der Staatsautorität dienten und also nicht geeignet waren, sich zu Protektoren einer Regierung aufzuwerfen.

Die Vorgänge in Bayern.

Wenn man der Reichsregierung vorwirft, sie sei gegenüber diesen Vorgängen hilflos gewesen so darf ich nur auf das eine verweisen, daß die Maßnahmen, die die Reichsregierung am Abend des 8. No- vember getroffen hat ganz klar und eindeutig gewesen sind. Wenn nicht Vorgänge gekommen wären, die am nächsten Tage zu der Er- klärung in Berlin führten, daß in Bayern die verfassungsmäßige Re- gierung wieder im Vollbesitz ihrer Macht wäre, dann würde die Reichsregierung alles aufgeboten haben, um die verfassungsmäßigen Zustände wieder herzustellen. Gegenüber dem Vorwurf, daß wir nicht schon früher auf Bayern eingewirkt hätten, übernehme ich durchaus die Verantwortung aus zwei Gründen. Wir hatten alle Veranlassung, die verfassungsmäßige Regierung in Bayern zu stützen, die Frage, ob politisch treu oder untreu, hat mit der sachgemäßen Einstellung einer Reichsregierung nicht das geringste zu tun. Außerdem ließ die Tatsache, daß diejenigen, die für die Vorgänge des 9. November verantwortlich waren, gegenseitig sich beschuldigten, die Hoffnung erwecken, daß diese ganzen illegalen Organisationen damit ein Ende finden würden oder mindestens die Führerschaft einzelner, die diesem Kampf das Gepräge gegeben hat. Es wäre direkt politisch falsch gewesen, in diese Auseinandersetzungen von hier aus eingreifen zu wollen. (Zuruf bei den Komm.: Und Sachsen?) Darauf komme ich auch noch. (Zuruf bei den Komm.: Sie haben Lossow ermutigt.) Die Unterstützung des Herrn v Lossow durch die Reichsreigerung ist etwas, was bisher noch nicht behauptet worden ist (Wiederholte Zurufe des Abg. Ledebour: Sie sind der Hauptschuldige! Präsident Löbe er- sucht den Abg. Ledebour diese Zwischenrufe zu unterlassen.) Die Vor- gänge in München haben eine bedauerliche Wirkung weit in die Gegen- wart hinein gehabt. Am allerbedauerlichsten ist es für die Stim- mung im besetzten Gebiet, daß derartige Vorgänge möglich waren in einer derartigen Zeit, wo alle Parteien im besetzten Gebiet sich ein- setzen gegen die Separatistenbewegung und mit ihrem Leben kämpfen gegen Unterdrückung für ein einiges Deutschland und dann sehen müssen wie der Gedanke des einen Deutschlands kaputt geschlagen wird durch derartige Putsche. (Sehr wahr!) (Abg. Ledebour: Sie sind der Hauptschuldige!) Mir ist aus dem besetzten Gebiet ausdrücklich bekannt worden: Wenn ihr das Getriebe des Reiches lockert, zertrümmert ihr unser Vertrauen. Diese Auffassung aus dem besetzten Gebiet gibt das wieder, was ohne Unterschied der Partei, alle im besetzten Gebiet empfinden angesichts dieser Vorgänge.

Das Zweite ist die Wirkung auf das Ausland. Das Ausland leidet ohnehin schon unter einem Zerrbild von Deutschland. Das geht bis weit in die Zeit des Friedens hinein und hat sich verstärkt und vervielfacht im Kriege. Wir haben uns bemüht, diesem Zerrbild kräftigst entgegenzutreten. Nun können Sie sich vorstellen, wie derartige Vorgänge wirken müssen auf das Ausland und auf alle diejenigen, die sich bemühen, Deutschland nicht als kreditwürdig hinzustellen und dem Untergang geweiht. Wenn Sie sich vorstellen, wie solche Dinge ausgenützt werden, dann können Sie sich auch vorstellen, wie lange es dauern wird, um Deutschland wieder vertrauenswürdig zu machen. (Lärmende Zurufe der Kommunisten.) Ich habe nicht die Absicht, in einer kommunistischen Fraktionssitzung zu sprechen, sondern im Deutschen Reichstag. (Sehr gut!) Ein Mann der alten Armee hat in den Münchner Neuesten Nachrichten" von einem politischen Abenteurer gesprochen und von einer unverzeihlichen Torheit, und es wird in seinem Artikel an das Dichterwort erinnert: „Als Ihr die Leiche bei Lichte erkannt, war es das eigene Vaterland." Das wird in der Tat die Folge einer etwaigen Wiederholung solcher Vorgänge sein. Wenn der deutschen Regierung vorgeworfen wird, sie habe nichts dagegen getan, so darf ich sagen: Ohne den Beschluß der deutschen Regierung am Abend des 9. November wären diese Vorgänge wahrscheinlich nicht auf München beschränkt geblieben. Mancher, der vor der Proklamation der deutschen Reichsregierung stand und las, daß entsprechende Maßnahmen getroffen worden seien, hat sich dann sicher überlegt, ob er jenen folgen könnte. die derartig vorgegangen sind. (Zuruf: Recht oberflächlich!) Daß die Reichswehr bereitgestellt wurde, ist keine Oberflächlichkeit, aber wichtiger als dieser Rückblick ist die unbedingte Notwendigkeit: der Rückkehr Bayerns zu verfassungsmäßigen Zuständen. (Lachen b d. Komm.) Man hat der Reichsregierung vorgeworfen, daß sie in bezug auf die Forderungen des Chefs der Heeresleitung den Bogen überspannt habe. Meiner Meinung nach muß das Instrument der Reichswehr und die Autorität der Befehlshaber sich durchsetzen. Das Instrument der Reichswehr würde zerbrechen, wenn sie zu parteipolitischen Zwecken gebraucht würde. Was die Reichswehr geworden ist, ist sie geworden in der Arbeit von vier Jahren für die wir denen danken müssen, die an der Spitze stehen. Diese Autorität darf nicht zerbrechen, und Zweifel an der Verfassungstreue der Reichswehr sind unbegründet. Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich bedürfen als erster Grundlage der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen und der Unterstellung der Reichswehr unter die Heeresleitung. Dieser Gedanke hat sich auch in weiten Kreisen in Bayern schon durchgesetzt. Andere Bestrebungen gehen nach anderer Richtung. es sind föderative Bestrebungen, und sie haben ihren Niederschlag in Anträgen der Bayerischen Volkspartei im Reichstage gefunden. Ich will nicht zu allen Einzelheiten dieser Anträge Stellung nehmen, aber ich darf das eine mitteilen, daß Besprechungen innerhalb der Reichsregierung auch darüber bereits stattgefunden haben, inwieweit

eine Aenderung der jetzigen Verfassung

gegenüber den Ländern — das ist nicht nur eine bayerische Frage — möglich ist. (Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Diese Forderungen werden auch von anderen gestellt, das hat mit Verfassungstreue nichts zu tun. denn eine Verfassungsänderung zu beantragen, hat jedes Land das Recht. Das im Artikel 48 der Reichsverfassung angekündigte Reichsgesetz ist bis heute nicht erlassen. Die Länder haben auf der Grundlage dieses Artikels die Möglichkeit, auch ohne Eingreifen des Reiches für die Ordnung der Verhältnisse zu sorgen. (Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Das gilt für alle Länder; warum sollte das für einzelne Länder ausgeschaltet werden. Das Zweite ist die Frage der größeren Dezentralisation des Verkehrswesens, das Dritte die Steuer- und Finanzhoheit. Es handelt sich noch um andere Fragen auf Gebieten, auf denen eine Oberaufsicht des Reiches bestehen kann. Ueber diese Fragen zu einem Einverständnis zu kommen, ist die Reichsregierung bemüht. Ich glaube nicht, daß hierin irgendeine Schwäche der Regierung liegt. Bismarck hat einmal von den Verhältnissen der germanischen Stämme zueinander gesagt: „Ich glaube, man soll die germanischen Staaten nicht fragen: was kann, sondern was muß gemeinsam sein?, und was nicht gemeinsam zu sein braucht, kann man der speziellen Regelung überlassen." Nicht das sind Verfassungsfragen, die das Volk aufzuregen brauchen das sind rein sachliche Fragen. die auch rein sachlich behandelt werden müssen, und die mit Rechts- und Linkseinstellung nichts zu tun haben. Die Länder müssen sich glücklich im Reiche fühlen. Voraussetzung ist aber, wenn man die Verfassung ändern will, die Achtung der Verfassung, die man ändern will. Das wird auch das bayerische Volk beachten, das man doch nicht identifizieren soll mit den Putschisten vom 9. November. Es wäre eine gute Tat, wenn der Abg. Hergt seine gestrigen Ausführungen über die Achtung der Konfessionen auch an die Münchener Studentenschaft angesichts ihres Auftretens gegenüber dem Kardinal Faulhaber richten wollte. (Beifall in der Mitte.) Man soll doch nicht wieder diese konfessionellen Gegensätze aufrichten und Wunden aufreißen, die vor und während des Krieges glücklicherweise völlig geschlossen waren. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) Ich komme nunmehr zu den Anklagen, die hier gestern gegen die Reichsregierung gerichtet worden sind wegen der Vorgänge, die sich in Sachsen abgespielt haben sollen (Lärmende Zurufe links) angesichts der Inhaftnahme vieler Personen durch die Reichswehr. Es wird so hingestellt, als ob in Sachsen eine idyllische Ruhe geherrscht habe bis zum Einrücken der Reichswehr. Vom ersten Tage meiner Reichskanzlerschaft an habe ich wiederholt Veranlassung gehabt, den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner hinzuweisen auf die Terrorakte gegen das gesamte Bürgertum in Sachsen. (Lärm bei den Kommunisten. — Abg Koenen (Komm.): Die demokratische Presse hat das selbst widerlegt!) Eine einzelne Zeitung ist nicht imstande, diese Dinge zu widerlegen. (Zuruf links: Zeigen Sie die Terrorakte!) Die Entsendung der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen ist doch auch in den Zeiten der großen Koalition erfolgt; sie wäre nicht erfolgt, wenn man nicht in allen Teilen der Koalition von ihrer Notwendigkeit überzeugt gewesen wäre. Wenn jetzt im Zusammenhang mit dem Auftreten der Reichswehr in Sachsen Kritik geübt wird, so ist es Sache des Reichswehrministeriums, dagegen Stellung zu nehmen. Bereits vor der Rede des Abg. Wels ist ein militärischer Befehl ergangen. der sich gegen irgendwelche Verstöße gegen die Gesetze und gegen Willkürakte wendet. Manche bedauerlichen Vorgänge hätten wir überhaupt nicht erlebt, wenn nicht die kommunistische Agitation in Sachsen sie hervorgerufen hätte. (Großer Lärm b. d. Komm. — Zurufe: Unerhört! — Abg. Thomas (Komm.): Sie sind ein Meuchelmörder! — Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung.) Mir haben kommunistische Flugblätter vorgelegen, aus denen diese unerhörte Hetze hervorgeht. (Abg. Thomas (Komm.) wird zum zweiten Male zur Ordnung gerufen wegen fortgesetzter Störung der Verhandlungen und auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam gemacht.) Durch die kommunistische Betriebsrätezentrale ist in unerhörter Weise gegen die Reichswehr gehetzt worden. (Abg. Thomas (Komm.): Das sächsische Volk wird nicht respektiert!) Im Reichstage lärmen Sie (zu den Komm.), die Sie nur eine Minderheit sind als ob Sie das ganze Haus verträten, und in Sachsen tun Sie, als ob Sie das ganze sächsische Volk vertreten. Der Kanzler wendet sich zur Frage des Reichsausnahmezustandes.

Der Ausnahmezustand.

Die Vertreter der Arbeiterparteien haben mir auch die Frage vorgelegt. ob der Reichsausnahmezustand in den ruhigen Teilen des Reiches nicht durch den zivilen Ausnahmezustand ersetzt werden könnte. Im Charakter des Ausnahmezustandes liegt es. daß er begrenzt ist. Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten habe ich mich grundsätzlich zur Aufhebung des Reichsausnahmezustandes bereit erklärt, sobald die Verhältnisse es gestatten würden. (Zuruf links: Was ist dann geschehen?) Daß nichts geschehen ist in Norddeutschland, das ist die Wirkung des Reichsausnahmezustandes. Ich habe mit dem Reichspräsidenten die Frage erneut geprüft, ob in absehbar kurzer Zeit die Aufhebung des Reichsausnahmezustandes erfolgen kann. Sie kann meiner Meinung nach erfolgen in den Gebieten, in denen Ruhe herrscht und die Gewähr der Aufrechterhaltung dieser Ruhe gegeben ist. (Hört! hört! links.) Ein Antrag auf Aufhebung des Reichsausnahmezustandes ist ja auch von deutschnationaler Seite gestellt worden. Es ist der Reichsregierung der Vorwurf gemacht worden, die Vorlage über wertbeständiges Geld sei viel zu spät erfolgt. Reichsminister Dr. Hilferding hat mit Recht darauf hingewiesen, daß man mit der Ausgabe wertbeständigen Geldes unbedingt solange zögern müsse, bis die größten Ausgaben für das besetzte Gebiet erledigt und beendet seien. Sonst würde das wertbeständige Geld sich eben unmöglich lange wertbeständig haben erhalten können. Die Schaffung einer Zwischenwährung sei unbedingt nötig gewesen. Auch seitens der Banken also Sachverständigen, die sich mit der Schaffung einer Goldnotenbank in Köln befassen, ist erklärt worden, daß mindestens zwei bis drei Monate vergehen müßten, ehe die ersten Goldnoten in den Verkehr kämen. (Hört! hört!) Das Reichskartellgesetz und das Arbeitszeitgesetz müssen in ganz kurzer Zeit verabschiedet werden, ein längerer Aufschub ist da unmöglich.

Leider sind schon wieder. unterstützt durch ausländische Spekulationen, Kreise am Werke, die sich bemühen die Rentenmark in eine ungesunde Bewegung hineinzubringen. Wir müssen eine starke Fundierung haben. Was zur Verfügung steht. wird für die notwendigsten Reichsbedürfnisse so knapp werden, wird sich dermaßen auch auf Rhein und Ruhr auswirken, daß eine Ergänzung dieser Mittel durch weitere Kredite mir als eine Notwendigkeit erscheint. Wir müssen an diejenigen, die sich der Bedeutung Deutschlands für die Stabilisierung der Weltwirtschaft und auch dessen bewußt sind, daß wir allein zu schwach dazu sind, unseren Appell richten, wir sind zu schwach dazu seit diesem Frieden, der nichts ist als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. In die Debatte über die Finanzfragen ist auch die Reichsbank hineingezogen worden. Das Verhältnis der Autonomie der Reichsbank gegenüber der Reichsregierung hat eine Anomalie geschaffen. Vielleicht war es auch hier die Diskrepanz zwischen den stürmenden Ereignissen des Tages und einer konservativen gerichtlichen Grundanschauung auf der anderen Seite. die sich an die wachsenden Währungsdifferenzen nicht gewöhnen konnte, die auch zu Differenzen mit dem verstorbenen Reichsbankpräsidenten geführt hat. aber es hat doch mit dem Tode des Herrn Havenstein eine Bemtenlaufbahn ihr Ende gefunden, die nichts anderes gewesen ist als eine selbstlose Hingabe an die Pflicht. (Beifall rechts.) Das werden Sie alle anerkennen. Ich glaube ihm auch an dieser Stelle den Dank dafür aussprechen zu müssen, wie er nach seiner Auffassung die von ihm zu schützenden Interessen seines Institutes und des Reiches wahrgenommen hat. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Der Abg Hergt hat am Schluß seiner vorgestrigen Rede erklärt, der Erfinder des Gedankens der großen Koalition müsse mit ihr stehen und fallen. und in diesem Zusammenhang von der Vertrauensfrage gesprochen. Ich habe keine Veranlassung dieser Erörterung auszuweichen. Ich habe kürzlich auch aus den Kreisen der eigenen Partei den Satz gehört. die Romantik des Gedankens der Volksgemeinschaft sei ausgeträumt. Was ist es denn mit diesem Gedanken. Nach dem verlorenen Krieg und dem verlorenen Frieden sind wir ja erst jetzt in die Liquidation des verlorenen Krieges eingetreten; jahrelang haben wir uns über die Folgen getäuscht. jetzt erst sehen wir sie in ihrer ganzen Furchtbarkeit vor uns. **Die Politik Frankreichs will das deutsche Volk für ewige Zeiten zum Frondienst verurteilen.** Demgegenüber gibt es nur eine Waffe, die Solidarität. das einzige Aktivum einer richtigen Außenpolitik. (Zuruf bei den Komm.: Belagerungszustand!) Sie haben sich ja nie zu diesem

Gedanken der Volksgemeinschaft

aufgeschwungen. (Stürmischer Widerspruch bei den Kommunisten.)

Wenn nicht der Gedanke des Kampfes zwischen zwei Richtungen, die erst bis zum Weißbluten sich befehden wollen, ehe sie sich wieder die Hände reichen, aufgegeben wird, dann können inzwischen die schwersten Verluste eintreten. Darum brauchen wir die Volksgemeinschaft. Die Deutsche Volkspartei würde sich selbst aufgeben und ihrer Bestimmung untreu werden, wenn sie eine Entwicklung mitmachen wollte, die grundsätzlich zwischen nationalen und antinationalen Parteien unterscheidet. Nicht Restauration, nicht Gegenrevolution, sondern Evolution und Zusammenfassung aller Kräfte müssen die großen Gedanken sein, die uns leiten. Eine machtpolitische Losung ist auch im Innern wohl zeitweilig, nicht aber auf die Dauer möglich. Sie haben wohl kaum irgendwo sonst ein Land so zerklüftet wie Deutschland in wirtschaftlichen und politischen Gegensätzen. Nur durch Versöhnung der Gegensätze ist der Ausgleich möglich. Wie weit er sich parlamentarisch auswirken kann, ist eine Frage für sich.

Wenn die große Koalition zusammengebrochen ist, so ist das sehr bedauerlich, und ich spreche dieses Bedauern ruhig aus, und zwar in Uebereinstimmung mit Herrn v. Kahr. der, als er bayerischer Ministerpräsident wurde, seinerseits auch das Bedauern darüber aussprach, daß es ihm nicht gelungen sei, die Sozialdemokratie zur Mitarbeit zu bringen. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Wenn jetzt nach Krieg und Revolution ein neues System nach westlichem Vorbild gekommen ist (Zwischenrufe bei den Kommunisten) — alle Demokratien haben den Zustand der Militärdiktatur durchlebt —, und wenn allerlei Hemmungen und auch außen- und innenpolitische Belastungen damit verbunden sind, so ist deshalb der Stab über die Art dieses Systems noch nicht gebrochen, auch wenn es verbesserungsfähig ist. Jedenfalls soll man das System solange nicht aufgeben, ehe man nicht sagt, was man an die Stelle setzen kann. Der Bolschewismus und das Regime unter einem so genialen Staatsmann wie in Italien sind nicht die Vorbilder. die man an die Stelle des Systems in Deutschland setzen kann. Wer Bürgerkrieg und Chaos vermeiden will, auch durch Konzessionen, auch durch hinhaltende hinziehende Politik, auch durch ein Gehenlassen der Dinge, betreibt nicht Kompromiß-, sondern verantwortliche Staatspolitik. Der Sozialismus wäre in Deutschland nie so groß geworden, wenn das Bürgertum seiner Idee eine andere große Idee entgegengestellt hätte. (Sehr wahr!) Jetzt besteht die Idee der nationalen Selbstbehauptung; sie wirken zu lassen in allen Parteien des deutschen Volkes. das ist die Aufgabe der Gegenwart.

Ein Ministeramt in Deutschland ist ein sehr dorniger Weg. Dr. Cuno sagte mir: „Ich verlasse das Haus gern, in dem ich keine glückliche Stunde meines Lebens verbracht habe!" Sie haben uns veranlaßt, die Geschäfte zu führen. Es war unsere Aufgabe, vor dem Lande nicht irgendein Vakuum zu schaffen. (Abg. Hölein [Komm.]: Seeckt macht alles!) Ich habe Ihnen unsere Meinung hier dargelegt ohne jede Verschönerung und ohne jede Verkuschung. **Schließlich gibt es eines, das über uns allein entscheidet: Das ist unser Gewissen.** Wir harren Ihrer Entscheidung in der Ueberzeugung und in der Gewißheit, daß wir unsere Pflicht gegenüber dem Lande getan haben. (Lebhafter Beifall b. d Deutschen Volkspartei, im Zentrum und b. d. Demokraten und Händeklatschen auf den Tribünen, das den Präsidenten zu einer Rüge veranlaßt.)

Inzwischen ist folgender Antrag der Deutschnationalen eingegangen:

„Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf."

Die Reden des Reichsfinanzministers und der folgenden Redner siehe im 1. Beiblatt Seite 3.

Echegaray: „Galeotto."

Residenztheater

Das Trauerspiel des Klatsches. Von jenem neueren, veralteten Spanier — der dichterische Kraft in abgewirtschafteter Technik bietet.

Vor dreißig Jahren war sein Werk in Berlin Mode...

Daß man es nicht mehr erträgt. beweist unseren Fortschritt. Daß man es ausgrub, unseren Stillstand.

Mäßiger Beifall... Heitere Darstellung. K—r.